Deutscher Bundestag

20. Wahlperiode 04.09.2023

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Boehringer, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika strategisch ausrichten – Für eine sichere Rohstoffversorgung der deutschen Industrie – Wachstum, Sicherheit und Stabilität in Deutschland und den afrikanischen Partnerländern sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Als wichtige Industrienation zählt Deutschland zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Vor allem bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien besteht eine nahezu vollständige Importabhängigkeit. Auch Energierohstoffe müssen in großem Umfang aus dem Ausland eingeführt werden. Unser Land braucht Versorgungssicherheit, um Arbeitsplätze und Wachstum zu sichern.

Gleichzeitig scheitern deutsche Unternehmen damit, sich langfristig in ausreichender Menge mit Rohstoffen, vor allem Seltenen Erden, zu versorgen. Der häufigste Grund besteht darin, dass sich andere Nationen, die sich nicht durch zweck- und realitätsfremde Anspruchshaltungen behindern lassen, den Zugriff auf die fraglichen Rohstoffvorkommen gesichert haben.

Viele Staaten betreiben bereits seit Jahrzehnten eine strategische Rohstoffpolitik. Eine herausragende Rolle spielt dabei die Volksrepublik China, die ihre Rohstoffkooperation mit Afrika intensiviert hat, da sich dort die größten und wichtigsten Rohstoffvorkommen der Welt befinden, insbesondere in der Demokratischen Republik Kongo, wo Kupfer für Windkraftanlagen, Lithium, Nickel oder Seltene Erden für den Einsatz in Handys, Computern und Elektrofahrzeugen abgebaut werden (www.spiegel.de/wirtschaft/china-will-sich-bodenschaetze-der-demokratischen-republik-kongo-sichern-a-0703a0e8-988b-42c9-8e2f-ffeacec4092a).

China gestaltet seit geraumer Zeit mit Afrika eine Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik, die strikt an den eigenen ökonomischen Interessen orientiert ist und sich zumeist auf das wirtschaftliche Prosperieren der Zielländer auswirkt. Mit diesem strategischen Vorgehen sichern sich chinesische Staatsunternehmen – gegen aufwendige Entwicklungsinvestitionen – den Zugriff auf Rohstoffe. Im Mittelpunkt steht das Ziel, die Abhängigkeit der chinesischen Wirtschaft von den Schwankungen der Weltmarktpreise zu verringern und für den Fall einer weiteren Verknappung versorgt zu haben.

Währenddessen belastet die Bundesregierung ihre Entwicklungspolitik mit einem ideologischen Überbau rund um die Leitmotive "Klimaschutz", Gender Mainstreaming, Feminismus usw., der weder den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands noch den Bedürfnissen unserer Partnerländer entspricht und darüber hinaus als paternalistisch wahrgenommen werden dürfte.

Angesichts der zunehmenden Rohstoffknappheit in Deutschland ist es dringend geboten, dass die Bundesregierung die Bemühungen der deutschen Unternehmen um neue Rohstoffpartnerschaften mit Afrika unterstützt.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- 1. künftig dafür Sorge zu tragen, dass sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern strikt an den ökonomischen Interessen Deutschlands sowie am wirtschaftlichen Prosperieren der afrikanischen Partnerländer orientiert und alle ideologischen Projekte rund um die Leitmotive "Klimaschutz", Gender Mainstreaming und Feminismus einzustellen;
- in diesem Zusammenhang bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit dem afrikanischen Kontinent zu entwickeln, welche die Versorgung der deutschen Industrie ebenso sicherstellen wie dem Interesse der afrikanischen Partnerländer entsprechen, die Erträge aus dem Rohstoffexport langfristig zu sichern und zukunftsträchtig zu investieren;
- die Rohstoffe zu identifizieren, die für die deutsche Industrie perspektivisch von strategischer Wichtigkeit sind und mit den afrikanischen Partnerländern entsprechende Verhandlungen zu führen, wie deutsche Unternehmen zukünftig unmittelbar auf diese Rohstoffe zugreifen können;
- 4. geeignete Fördergebiete in Afrika zu identifizieren und Deutschlands mögliche jährliche Importmenge (Abbau und Logistik) sowie Deutschlands realistischen Anteil am Gesamtvolumen der Lagerstätte auch unter innerpolitischen, geostrategischen und wettbewerbsrelevanten Faktoren zu bewerten;
- 5. die außenwirtschaftlichen Instrumente des Bundes zur Rohstoffsicherung für deutsche Unternehmen (z. B. Investitionsgarantien, ungebundene Finanzkredite etc.) bedarfsorientiert weiterzuentwickeln und zu flexibilisieren sowie gemeinsam mit der deutschen Wirtschaft die Notwendigkeit zur Einführung zusätzlicher Instrumente zu prüfen;
- die Kooperation mit Afrika im Rohstoffbereich durch Investitionen in die Infrastruktur im Rahmen wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit stärker zu fördern;
- 7. das Thema "Rohstoffe" im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung prioritär zu berücksichtigen und mit hieran geknüpften konkreten politischen Maßnahmen den Zugang zu den aus Afrika, insbesondere aus der Demokratischen Republik Kongo, zu beziehenden Rohstoffen für deutsche Unternehmen zu sichern;
- 8. mit diesen Maßnahmen eine sichere Rohstoffversorgung der deutschen Industrie unter Verringerung der Abhängigkeit von China zu gewährleisten sowie Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und in den afrikanischen Partnerländern zu schaffen.

Berlin, den 5. Juni 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Wirtschaftlich betrachtet ist Afrika als Nachbarkontinent Europas heute wichtiger als je zuvor. Grund dafür sind die immer wichtigeren Rohstoffvorkommen wie Seltene Erden, Kobalt, Lithium etc. Doch stellt nicht Europa oder Deutschland die wichtigsten Handelspartner Afrikas dar, sondern das geographisch deutlich entferntere China. Die Volksrepublik hat in besonderer Weise Afrika ins Visier genommen, um die Rohstofflieferungen für seine stark wachsende Wirtschaft zu sichern. Gegenüber afrikanischen Staaten nutzt China vor allem vergünstigte Kredite und Infrastrukturprojekte als Mittel zum Einstieg in deren attraktive Rohstoffmärkte (https://deutschewirtschafts-nachrichten.de/2018/06/13/china-sichert-sich-zugriff-auf-wichtige-rohstoffe-in-afrika, www.spiegel.de/ausland/lithium-in-der-demokratischen-republik-kongo-der-kampf-um-den-rohstoff-der-zukunft-a-396d2233-33cc-43e1-8831-1d9df3951536).

Gleichzeitig ist in Deutschland die Versorgungslage im Rohstoffbereich kritisch. Deutsche Unternehmen sind nicht in der Lage, sich langfristig mit Rohstoffen, vor allem Seltenen Erden, ausreichend zu versorgen. Deutschland muss 39 von 46 kritischen Rohstoffen importieren. Die Abhängigkeit von China hat entsprechend zugenommen. So warnte Ende 2022 eine von der Bundesregierung beauftragte Studie vor dieser zunehmenden Abhängigkeit, war doch die Zahl der kritischen Rohstoffe, die 2011 nur mit 14 beziffert wurden, 2020 auf bereits 30 angewachsen. Eine Entspannung der Lage ist aufgrund der steigenden Nachfrage nach hochtechnologischen und energieeffizienten Innovationen nicht zu erwarten. 46 Rohstoffe wurden als "strategisch" eingestuft, weil sie große Bedeutung für die Produktion wichtiger Güter haben, gerade im Hochtechnologiebereich. Aufgrund fehlender diversifizierter Lieferketten besteht bei 39 dieser Rohstoffe ein erhöhtes Versorgungsrisiko (www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/rohstoffe-abhaengigkeit-studie-deutschland-101.html).

Die Rohstoffsicherung ist primär Aufgabe der Wirtschaft. Die Antragsteller begrüßen die Bemühungen des BDI (Bund der Deutschen Industrie), durch Kooperation und Allianzen mit afrikanischen Partnerländern die Rohstoffversorgung der deutschen Unternehmen auf eine breitere Basis stellen zu wollen. So hat der BDI kürzlich folgendes festgestellt: "Afrika ist heute ein Muss für deutsche Unternehmen – und nicht mehr nur ein Chancenkontinent. Für Deutschland wird Afrika wirtschaftlich immer wichtiger, um sich stärker zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren, vor allem von China. Die Bundesregierung sollte die Bemühungen der Unternehmen um neue Rohstoffpartnerschaften unterstützen sowie Investitionsgarantien und Hermesdeckungen ausweiten" (https://bdi.eu/artikel/news/handlungsempfehlungen-fuer-neustart-der-deutsch-afrikanischen-beziehungen/).

Nach Auffassung der Antragsteller sollte die Bundesregierung diese Empfehlung des BDI im Rahmen einer umfassenden deutschen Rohstoffstrategie mit Afrika dringend berücksichtigen indem sie eine kohärente und zielgerichtete Rohstoffpolitische Strategie mit Afrika formuliert. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung – ohne ideologische, zweck- und realitätsfremde Anspruchshaltung – die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine verlässliche, international wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung schafft.

Deutsche Investoren und Unternehmen, die sich im Ausland engagieren, werden nicht nur aufgrund ihrer Produktqualität, sondern auch wegen ihrer hohen ökonomischen, sozialen und ökologischen Standards weltweit geschätzt. Deutschland kann umso eher im Sinne dieses Ansehens werben und wirken, wenn deutsche Unternehmen zunächst in Afrika einen erweiterten Zugang zum Rohstoffsektor gewinnen. Die deutsche Politik sollte die Rohstoffsicherungsaktivitäten der Wirtschaft nachdrücklich und effizient flankieren, insbesondere sollte sie die Wirtschaft mit ihrem rohstoffpolitischen Förderinstrumentarium unterstützen und dabei wirtschafts-, außen- und entwicklungspolitische Ziele berücksichtigen. Dabei muss die Interessenlage der afrikanischen Länder, die über Rohstoffvorkommen verfügen, respektiert werden. Diese erwarten von der Kooperation im Rohstoffbereich regelmäßig auch Investitionen in die Verkehrs-, Energie- und Umweltinfrastruktur und einen Technologietransfer.

